

tags erforderlich macht — würde nur ein erster Schritt auf einem Wege sein, der notwendig bis zum Ende zurückgelegt werden muß. Das Parlament darf sich nicht darauf beschränken, internationale Verträge anzunehmen oder abzulehnen, es muß in irgendeiner Form schließlich, und möglichst bald, Gelegenheit finden, auch auf die Gestaltung der Verträge vor ihrem Abschluß einzuwirken.

Hätte der Reichstag einen solchen Einfluß jetzt schon, dann wären wahrlich im Laufe der letzten Monate manche schwerwiegende Fehler unterblieben und eine Kriegsgefahr hätte gar nicht erst aufkommen können. Hätte z. B. Herr v. Auleren-Ladner seine Erklärung, Deutschland habe nie an territoriale Erwerbungen in Marokko gedacht, statt am 11. November am 11. Juli im Reichstag abgegeben, dann hätte der englische Premier Lloyd George nicht seine bekannte Rede gehalten und der Lärm, der ihr folgte, wäre uns gleichfalls erspart geblieben.

Die Internationale des Kapitals?

Zwischen dem Gebr. Mannesmann und der deutsch-französischen Krupp-Schneider-Gruppe, die beide ein Monopol auf die Ausbeutung der marokkanischen Erzvorräte haben wollten, ist die Einigung nunmehr fertig geworden. Es ist eine Einigung erfolgt, auf Grund deren beide Teile alle ihre bergbaulichen Rechte und Ansprüche in Marokko einwerfen. In der neuen Gesellschaft sind die Brüder Mannesmann und die Union des Mines je mit 40 Prozent beteiligt. Zur Uebernahme der restlichen 20 Prozent haben sich französische Banken bereit erklärt.

Da haben wir die Bestätigung, daß der große Marokko-Konflikt nur ein Streit miteinander habender Finanzkapitalisten gewesen ist. Nachdem der Vertrag zwischen den Parteien geschlossen, haben sich die feindlichen Kräfte zerlegt. Die Internationale des Kapitals ist das glückliche Ergebnis der großen „nationalen Bewegung“ der wahren Patrioten.

Marokkofragen in Frankreich. — Grünbergsche und Wöbe.

Unter Pariser Korrespondent schreibt uns: Die Hauptinteressen an dem Marokkoabkommen zwischen Deutschland und Frankreich sind die Finanzleute. Dieser als je trat in dieser ganzen Marokkoaffäre der reine Geschäftskarakter der angeblich „nationalen“ Konfession zutage. Weder haben noch drüben versucht man zu verbergen, daß es sich viel weniger um die Wahrung der „nationalen Würde“ handelte, als um die Sicherstellung gewisser Profite kleiner, aber mächtiger Kapitalistengruppen. Die Finanzpresse hat deshalb recht, wenn sie in ihren Marokkoberurteilungen schreibt, daß die wirtschaftliche Bedeutung der getroffenen Abkommen ihre politische Bedeutung weit übersteigt. Und gerade auf dem wirtschaftlichen Gebiet sei durch die Verträge nicht die stärkste Abgrenzung der Rechte getroffen worden, die Konfession unmöglich macht. Die Politik der „offenen Tür“ könne Gefahren bergen, wenn etwa die Angehörigen jenes Staats, der die politische Oberherrlichkeit in der Kolonie hat, sich wirtschaftlich den Angehörigen des anderen Staates nicht gleichstellen fühlen; und das werde in Marokko sehr rasch eintreten. Davon zweifelt man in Frankreich am wenigsten. Das zeigt die dringende Mahnung, die im getriggen Vorbericht des Tempus veröffentlicht wird. Nachdem ohne jede Feindseligkeit festgehalten ist, daß der Vertrag Deutschland alle möglichen Erleichterungen in geschäftlicher Beziehung gewährt, sieht man: Und gerade auf diese Wirkungen des marokkanischen Vertrages muß die Aufmerksamkeit der französischen Öffentlichkeit gelenkt werden. Wenn sie sich nicht sofort an den Submissionsvertrag, Vergewaltigungserlangen, häusliches Land erwirbt, industrielle Unternehmungen errichtet, wird die deutsche Konkurrenz aus Marokko sehr rasch ein deutsches Territorium gemacht haben. ... Diesen Gedanken zum Trost hat der Abschluß der Abkommen an der Wöbe einen wahren Kurstau mel herbeigerufen. Die seit vier Monaten zurückgehaltenen Kapitalisten sind auf einmal wieder über den Markt gestutet; die Spekulation feiert Freudenfeste.

Im französischen Kammerauschuß.

Paris, 14. November. Im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten lehnte der Senat den Antrag, daß die Beschlüsse über das deutsch-französische Abkommen aufgehoben werde, bis der deutsche Reichstag sich ausgesprochen habe, ab und betonte, das Interesse Frankreichs erfordere eine möglichst baldige Ratifizierung. Der Sozialist Senbat erklärte, es müsse ein Zusatzartikel aufgenommen werden, wonach die französischen Sogno-Kongressgesandtschaften für die Länder, die in das an Deutschland abgetretene Gebiet fallen, keinerlei Entschädigungsansprüche an den französischen Staat stellen dürften. De Selves erklärte weiter, daß einige auf Spanien, Guinea und das Hinterindien Deutschland an der französisch-spanischen Verhandlungen bezüglich der Klauseinständen, wenn gleich sie nicht veröffentlicht seien. Die seien in die erklärenden Briefe infolge eines Uebereinkommens des deutschen auswärtigen Amtes und des französischen Ministeriums des Meinen nicht aufgenommen worden. Auf Anfragen über den gegenwärtigen Stand der französisch-spanischen Angelegenheit erklärte er, nicht antworten zu können, da er bis zum Schluß der Verhandlungen zum Schweigen verpflichtet sei.

Deutsches Reich.

Die Auflösung des bayerischen Landtages.

Die Sozialdemokratie in Bayern begrüßt die Auflösung, weil sie eine Erleichterung von unerträglich schlechter politischer Luft bedeutet. Die stumme Obstruktion des Zentrums wie die dadurch erzwungene Auflösung verleiht allerdings manche dringende Aufgabe, so die von der Sozialdemokratie beauftragten Konventionsgesetze für die Staatsarbeiter, so wichtige Wohnbauprojekte, alles Dinge, die die Regierung berfassungsmäßig nicht ausführen kann. Trotzdem ist die Entscheidung willkommen. Sie ermöglicht dem bayerischen Volk, neue und freiere Zustände zu schaffen, das stärkste Bollwerk des schwarzblauen Reiches zu zerstören.

Die Aufgabe dieses Wahlkampfes ist klar gegeben: Zertrennung der Zentrumsmehrheit. Das Ziel ist schwer zu erreichen, aber es ist erreichbar. Der Liberale Casselmann hat in seiner Rede vor wenigen Tagen den Zusammenstoß aller Parteien gegen das Zentrum gepredigt. Die Schwere eines solchen Zusammenstoßes liegt in dem relativen Mehrheitsprinzip, auf dem das bayerische Wahlrecht beruht. Immerhin, es ist nicht zu verkennen, daß die ebenso terroristische wie stupide Zentrumspolitik in weiten bürgerlichen Kreisen Großbeschimmungen erzeugt hat.

Für die Sozialdemokratie aber handelt es sich zunächst darum, den Aufklärungskampf gegen die schwarze Reaktion auf allen Gebieten zu führen, zunächst bei den Gemeindegewählten, dann bei den Reichs- und Landtagswahlen.

München, 14. November. Es wird angenommen, daß die Verhandlungen für die Abgeordnetenkammer Ende Januar stattfinden werden. Zentrum und Liberale wollen morgen in Volksversammlungen zur Landtagsauflösung Stellung nehmen. Der Bayerische Kurier teilt mit, daß die Liberalen sofort nach der Auflösung des Bauernbündlers und Konserbativen ein Wahlbündnis gegen das Zentrum angeboten haben. Die Blätter sprechen in spaltenlangen Artikeln das politische Ereignis.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beriet am Dienstag zunächst die Vorlage über die Ausgabe kleiner Aktien im Schutzbereich Klautschau. Vor einiger Zeit wurde die Vorlage abgelehnt, inzwischen aber hat das Zentrum einen seiner bekanntesten Umfälle vorgenommen und so wird dann dem 1001. diesmal durch eine sonders ultramontane-liberale Mehrheit der Entwurf, gegen den Genosse Ged wirkungsvoll polemisierte, Gesetz werden. Vorläufig hat man ihn an die Budgetkommission verwiesen. Den Rest der Sitzung füllte die Besprechung unserer Interpellation über die Eisenbahnermehrgelungen aus, die tags zuvor nicht beendet worden war. Genosse Wöhle kennzeichnete nochmals nachdrücklich das scharfmacherische Regiment Breitenbach. Aber dem jungen Spahn ist dies Regiment noch längst nicht scharfmacherisch genug. Er möchte das System Breitenbach verschärfen und das verschärfte System Breitenbach auf alle Zweige der Verwaltung übertragen. Mit einem an spanische Großinkquisitoren gemahnenden Fanatismus hegte dieser strebsame Jüngling und Wahrscheinlich unter dröhnendem Beifall seiner ultramontanen Konsorten und der verbündeten Junkertrotte gegen Sozialdemokraten und Liberale, die es wagen, einmal sozialdemokratisch zu stimmen. Brutal und gemein wie immer machte hierauf das Zentrum tatsächlich Schluß mit der Besprechung, indem es im Grunde mit der Verhinderung der Fortsetzung am folgenden Tage verhinderte, ein Verfahren, das Genosse Ledebour gebührend brandmarkte. Am Mittwoch kommen nun die Schiffahrtsabgaben heran.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

In der zweiten Lesung, die in der Kommission Dienstag begann, wurde nochmals eingehend über die Abgrenzung des Kreises der Versicherten debattiert. Von den Konserbativen wurde beantragt, die Einfügung der Bureauangestellten als Versicherungspflichtige in § 1 des § 1 neben den Handlungsgehilfen zu streichen. Dafür sollte in § 1 eingefügt werden: „Bureauangestellte, soweit sie nicht mit niederen oder lediglich mit mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden.“ Gegen diesen Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten und Dr. Rothhoff. Durch Annahme dieses Antrags werden zunächst die Lehrlinge in den Bureau von der Versicherung ausgeschlossen, dann aber auch die große Zahl derjenigen, die nur als Schreiber (Maschinenreiberinnen) tätig sind. Trotzdem unsere Parteigenossen darauf hinwiesen, wie uneliebig es sei, daß in einem Bureau die Angestellten in zwei Kategorien eingeteilt werden, daß von höheren und niederen Diensten gesprochen wird, für die es keinen sicheren Maßstab gäbe, entschied man sich dennoch für diese unsumme Zerkleinerung und ließ damit einige Tausend Angestellte aus der Versicherung heraus. Die Folge ist, daß eigentlich nur für einen Teil der besser besoldeten Angestellten die Versicherungsbeteiligung vorgesehen ist. Die Bureauangestellten können sich bei den bürgerlichen Parteien für diesen Streich bedanken.

Der § 9 will, daß die im Betriebe des Reiches, eines Bundesstaates oder eines Gemeindeverbandes Angestellten dann von der Versicherung befreit werden, wenn ihnen Pensionsansprüche nach einer vom Bundesrat festzusetzenden Gehaltsklasse gesichert sind. Auf Antrag unserer Genossen und des Abg. Raab folgte die Kommission diesen Posten hinzu, daß dabei das Durchschnittseinkommen der betreffenden Beamtenklasse zu berücksichtigen ist.

In § 24 beantragten unsere Genossen, daß nicht nur derjenige, der 20 Wochen krank und erwerbsunfähig ist, das Ruhegeld erhalten soll, sondern diese Unterstützung entsprechend der Reichsversicherungsordnung auch dem gewährt werden muß, der aus der Krankenkasse ausgesteuert ist und kein Krankengeld mehr erhält. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Auf Antrag des Abg. Raab wird § 20 dahin geändert, daß beim Tode einer versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehegatten, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Verdienst bestritten hat, die Kinder unter 18 Jahren die Waisenrente erhalten ohne Bedingung, ob der Ehegatte in bedürftiger Lage ist. Diese Prüfung der Bedürftigkeit sollte der Versicherungsanstalt. In § 27 wurde auf Antrag unserer Genossen beschlossen, daß bei Einstellung des Selbstverdienens die Hinterbliebenen mindestens drei Zwangsbeiträge des zuletzt gezahlten Monatsbeitrages als Unterstützung erhalten. Damit ist der Versicherungsbeitrag die Möglichkeit gegeben, daß in besonderen Fällen höhere Unterhaltungen gezahlt werden können.

Die Vorlage lehnt bei einem Verfall der Anwartschaft das Wiederaufleben der Rechte aus alten Beiträgen ab. Unsere Genossen und der Abg. Rothhoff wollten diesen Verfall der Anwartschaft aufheben lassen, wenn der Versicherte wieder 120 Beiträge gezahlt hat. Dieser Antrag wurde von der Regierung bekämpft und mit großer Majorität abgelehnt.

Die Witwenrente sollte nach einem Antrag unserer Genossen für erwerbsunfähige Witwen höher bemessen werden als für die erwerbsfähigen Witwen. Auch dieser Antrag, der von mehreren Angestelltenverbänden gefordert wurde, fand in der Kommission von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung.

Der Groß-Berliner Jugendauschuß — ein politischer Verein.

W. Wir berichteten seierzeit über das Urteil des Landgerichts, durch welches der Jugendauschuß für Groß-Berlin als ein Verein erachtet wurde, der auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezweckt (§ 3 des Reichsverfassungsgesetzes). Es wurde der Jugendauschuß als dessen Vorstand behandelt und wegen Uebertretung des § 3 des Verfassungsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er weder die schriftliche Satzung (eine solche gab es gar nicht) noch ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der Polizei eingereicht habe.

Das Kammergericht verwurft am 14. November die die Revision Dr. Rosenfelds. Die Urteilsbegründung des Revisionsgerichts ging erst auf die Frage ein, als der Ausschuß überhaupt ein „Verein“ sei. Ein Verein ist nach der Zivilgesetz ein auf Vertrag beruhender, auf die Dauer berechneter Zusammenschluß einer Mehrheit physischer Personen zur Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks. Das Kammergericht führte aus, daß vorliegend das Landgericht mit Recht angenommen habe, daß die Voraussetzungen gegeben seien. Bedenklich hätte nur sein können, ob der Zusammenschluß der Ausschußmitglieder auf Vertrag beruhe, da die Mitglieder früher von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gewährt worden seien und jetzt lediglich vom Obmann Dr. Rosenfeld zum Eintritt aufgefordert würden. Es sei aber davon auszugehen, daß diese Wahl (früher durch die Organisationen, jetzt durch den Obmann) sie noch nicht zu Mitgliedern des Jugendauschusses mache, sondern daß sie solche erst durch ihre Zustimmung würden. Mit dieser Zustimmung gingen sie aber einen Vertrag ein, durch den sie mit den andern einen Verein bildeten. Dann sei bewiesen worden, ob eine Unterordnung unter eine organisierte Willensmacht vorliege, Das sei jedoch ebenfalls anzunehmen, wenigstens die Ausführung der Beschlüsse durch die Mitglieder erfolge, die besonders für den gegebenen Fall geeignet seien und sich dazu meldeten. Es handele sich also um einen Verein. Es sei aber ein Verein, der auf politische Angelegenheiten ein-

zuwirken bezwecke. Es sei kein Rechtsirrhum, wenn das Landgericht in der Hauptsache von der Entstehungsgeschichte der Jugendauschuß ausgehe. (Das Landgericht hatte besonders die Vorgänge und Worte vom Nürnberger Parteitag berücksichtigt und für feststehend erachtet, daß die Jugendauschuß, auch der in Berlin, die Jugend ausmachen“ und vorbereiten wollten basir, daß sie berechtigt als Streik in dem Kampf um die Befreiung des Proletariats auftreten könnten. Bei diesem Kampf, meinte das Kammergericht weiter, handele es sich um eine Einflußnahme auf staatliche Institutionen, also um eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten. Ob diese Einflußnahme erst in der Zukunft in die Erscheinung treten solle, wäre gleichgültig, wenn sie nur schon jetzt direkt beabsichtigt würde, was feststehend sei. — Nun habe der Verein „Jugendauschuß“ allerdings keine schriftliche Satzung. Da aber das Verfassungsgesetz eine solche für politische Vereine vorschreibe und ihre Einwirkung eine solche verlangte, so sei der Vorstand verpflichtet, die Satzung der Vereinlichen Satzung herbeizuschaffen, wenn keine vorhanden sei. Die Bestrafung wegen Nichtbeschaffung und Nichteinreichung könne nur dann ganz irrtümliche Gründe betreffen. — Verjährung sei ausgeschlossen, da es sich um ein Dauerdelikt handle.

Neun Millionen für den Luftmilitarismus?

Eine Korrespondenz meldet:

Die verlaute, soll Anfang nächsten Jahres die seit einiger Zeit geplante Zentralisation des preussischen Fliegerkorps durchgeführt werden. Es sollen nach dieser Meldung mehrere bezeichneter Abteilungen zuerteilt bekommen, die je nach der Größe und Wichtigkeit des Festungsplatzes zum händigen Auswärtigen sechs bis zwölf Flieger dienen werden. Ebenso werden auch in der Nähe der Kriegshäfen und größeren Seestädte eine artige Flugplätze angelegt werden. Döberig, das gegenwärtig schon etwa sechzig Offiziere ausgebildet hat, soll die Zentralisation bleiben, von der aus sowohl Flugzeuge als auch Offiziere riger Feld wird künftig lediglich als Ausbildungsinstitut für Fliegeroffiziere und als Prüfungsamt für bestellte und abgeleitete Maschinen dienen. Da es jedoch nicht möglich ist, bis zum nächsten April die genügende Anzahl von Militärfliegern in Ebersberg abzuhalten, sind jetzt wieder zahlreiche Offiziere nach Jöhannsdorf abkommandiert worden, die bei den dortigen Flugzeugen ausgebildet werden. Bis zum Oktober nächsten Jahres würde die Zentralisation durchgeführt sein. Die hierfür erforderlichen Summen sollen sich auf etwa neun Millionen Mark belaufen, die Kosten der den kommenden Reichstag beim Militärbudget beschließen dürfte.

Bei den 9 Millionen wird es natürlich nicht bleiben. Das deutsche Volk wird voraussichtlich ebenso wie die bürgerlichen Nationen noch so manche Million für die Luftkriegsbeschaffung ausgeben müssen. So geht es eben unter der Herrschaft unserer Gesellschaftsordnung. Auch ein so großer Kulturfortschritt, wie die Eroberung der Luft, wird zum Glück für die Völker, weil sie sich der Wozoch Militarismus sofort zum macht, um für sein Zerstörungswerk noch besser gerüstet zu sein als bisher.

Keine Doppelkandidatur Fofadomsky.

Die Meldung, Graf Fofadomsky habe im Wahlkreis Bitterfeld-Delitzsch auch eine Kandidatur angenommen, ist unzutreffend. Die Bitterfelder Nachrichten, ein liberales Blatt, teilen mit, daß auf telephonische Anfrage der gegenwärtige Vertreter des Reichstagsabgeordneter Louis Bauermeister, erklärt habe, die Wahlbedeutung jeder Verabredung. Bauermeister ist von der Reichspartei und den Konserbativen übereinstimmend schon vor längerer Zeit wieder aufgestellt worden. — Auch das Delitzscher Tagblatt, das konserbativ-leibhaftig Bauermeister, erklärt die Abgabe Graf Fofadomsky sei als Reichstagskandidat für Delitzsch-Bitterfeld aufgestellt, für falsch.

Keine politische Katholiken.

Die Franzfurter Katholiken bewilligten einstimmig 440 000 M. Zenerungsanlagen für die Arbeiter und Arbeiter. — Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Maliz sich wegen seines Verhaltens gegenüber dem Abgeordneten Sumner, den er mit der Reichspartei mihandelte, entschuldigt. — In Oularest verläuft, daß King Karol eine geheime Konferenz mit dem Ministerpräsidenten sowie mit den Führern aller Parteien abhielt, in der er ihnen ausführlich darlegte, daß es unter allen Umständen im kommenden Frühjahr zum Krieg auf der Balkanhalbinsel kommen werde. — Man erzählt, daß die feindlichen Verabredungen, die vor einigen Tagen Albuernos angegriffen haben, über 5000 M. stark sind. Schlimm ist besonders der Umstand, daß sie Militärfliegen besitzen. Die deutsche Garva am Rertstich soll noch immer 10 000 Mann stark sein. Spanien wird neue größere Kriegsoperationen kaum umgehen können. — Die Antwort der russischen Regierung auf das russische Ultimatum ist noch nicht eingetroffen. Der Korrespondent des Rennofer Gerad erzählt, daß dem Oberbefehlshaber der russischen Truppen im Kaukasusgebiet die Oberhand mitteilt wurde, alle Truppen beim ersten Befehle sofort marschieren zu halten und nach Eberfeld abzugeben. — Robizants wurde mit 288 gegen 91 Stimmen zum Präsidenten der russischen Duma wiedergewählt.

Rusland.

Schweiz.

Der Abschluß der Nationalratswahlen.

z. Zürich, 18. Nov. et. Die am Sonntag stattgefundenen letzten Stichwahlen haben unserer Partei noch zwei Mandate gebracht, indem in Bern der Genosse Gustav Müller, hiesiger Finanzdirektor (Magistratsmitglied), und in Genf Genosse Sigg gewählt wurden. Die beiden gewählten Genossen standen auf den bürgerlichen Listen. Müller erhielt 14 229 Stimmen gegen 10 993 Stimmen der Konserbativen. Sigg erhielt 10 946, mit denen gleichzeitig zwei Konserbativen gewählt wurden und gegen 7790 und 8175 Stimmen, die auf unsere Partei kamen. In der Kampfabteilung Noer und Schneider-Klein. In der Abteilung der beiden bürgerlichen Parteien der Freisinnigen und Konserbativen, aus, wovon aber die große Mehrzahl auf die ersten und die kleine Wählerzahl auf die Konserbativen entfällt. In den 8000 Stimmen kommt die Stärke der sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck, die von allen drei Parteien die Stärkste ist, von den 7 Vertretern der Berner Wahlkreise im Nationalrat aber nur einen hat, während die freisinnige Partei vier und die Konserbativen zwei beigen. Unsere Partei hat eine erfreuliche Stärke erreicht, aber sie ist gegenüber den vereinigten bürgerlichen noch zu schwach, und so können diese neuerdings ihre alte Vergewaltigungspolitik beibehalten und ihre Ziele vom sogenannten „Freiwilligen Proporz“ selbst ab abzurufen führen. Der gefällige Proporz würde unserer Partei drei Vertreter gebracht haben, so daß der Berner Arbeiterkassal durch den Rückgang der politischen Gewalt seitens der verbündeten bürgerlichen zwei Vertreter geräubt sind.

Auf Sigg in Genf fielen 8063, auf den gleichzeitig mit ihm gewählten katholisch-konserbativen Ody 7905 Stimmen, auf die zwei unterlegenen liberal-konserbativen 6122 und 6212 Stimmen. Es viele sozialdemokratische Stimmen in den 8000 Stimmen Sigg erhalten sind, ist schwer zu sagen, vielleicht 8000.

In Baden bei Zürich ist der sozialdemokratische Kandidat Arbeitersekretär Wurt, leider unterlegen, und zwar mit 8293 gegen 7631 Stimmen, mit denen sein freisinniger Gegenkandidat Sigg Da Wurt auch von den Liberalen unterstützt wurde, handelt es sich in den auf ihn gefallenen Stimmen nicht nur um sozialdemokratische, sie dürften immerhin 4000 oder darüber betragen. Auch hier liegt

Verlaute...
Es wird...
den National...
wäre ein...
beim Kampf...
um eine Ein...
Einwirkung...
erst in der...
wenn sie nur...
schon jetzt...
beabsichtigt...
wäre festst...
sei. — Nun...
habe der Vere...
„Jugendausc...“...
keine schrift...
Satzung. Da...
aber das Ver...
fassungsges...
eine solche...
für politisc...
Vereine vor...
schreibe und...
ihre Einwir...
kung eine sol...
che verlang...
te, so sei de...
Vorstand ve...
pflichtet, die...
Satzung der...
Vereinlich...
en Satzung...
herbeizusch...
chaffen, wenn...
keine vorhand...
en sei. Die...
Bestrafung...
wegen Nicht...
beschaffung...
und Nicht...
einreichung...
könne nur...
dann ganz...
irrtümliche...
Gründe bet...
reffen. — V...
erjährung...
sei ausgesch...
lossen, da...
es sich um...
ein Dauer...
delikt hand...
le.

Wöhle...
kennzeich...
nete noch...
mals nach...
drücklich...
das scharf...
macherisch...
Regiment...
Breitenbac...
h. Aber dem...
jungen Spah...
n ist dies...
Regiment...
noch längst...
nicht schar...
fmacherisch...
genug. Er...
möchte das...
System Bre...
itenbach ve...
schärfen und...
das verschä...
rfte System...
Breitenbac...
h auf alle...
Zweige der...
Verwaltun...
g übertragen...
Mit einem...
an spanisc...
he Inquisit...
oren gemah...
nenden Fan...
atismus he...
gte dieser...
strebsame...
Jüngling...
und Wahr...
scheinlich...
unter dröh...
ndem Beif...
all seiner...
ultramontan...
en Konsort...
en und der...
verbündete...
n Junkert...
rotte gegen...
Sozialdemo...
kraten und...
Liberale, die...
es wagen...
einmal so...
zialdemo...
kratisch zu...
stimmen. B...
rutal und...
gemein wie...
immer mac...
hte hierauf...
das Zentru...
m tatsäch...
lich Schluß...
mit der Be...
sprechung...
indem es...
im Grunde...
mit der Ve...
rhandlung...
der Fortset...
zung am fo...
lgenden T...
ge verhind...
erte, ein...
Verfahren...
das Genoss...
e Ledebour...
gebührend...
brandmark...
te. Am Mit...
woch kom...
men nun...
die Schiff...
fahrtsabga...
ben heran.

Bei den 9...
Millionen...
wird es nat...
ürlich nicht...
bleiben. Das...
deutsche V...
olk wird v...
oraussicht...
lich eben...
so wie die...
bürgerlich...
en Nation...
en noch s...
o manche...
Million f...
ür die Lu...
ftkriegsbe...
schaffung...
ausgeben...
müssen. S...
o geht es...
eben un...
ter der H...
errschaft...
unserer G...
esellschaft...
sordnung...
Auch ein...
so große...
Kulturfo...
rtschritt...
wie die E...
roberung...
der Luft...
wird zum...
Glück für...
die Völker...
weil sie...
sich der...
Wozoch M...
ilitarism...
us sofort...
zum mac...
ht, um für...
sein Zer...
störungsw...
erk noch...
besser ge...
rüstet zu...
sein als...
bisher.

Bei den 9...
Millionen...
wird es nat...
ürlich nicht...
bleiben. Das...
deutsche V...
olk wird v...
oraussicht...
lich eben...
so wie die...
bürgerlich...
en Nation...
en noch s...
o manche...
Million f...
ür die Lu...
ftkriegsbe...
schaffung...
ausgeben...
müssen. S...
o geht es...
eben un...
ter der H...
errschaft...
unserer G...
esellschaft...
sordnung...
Auch ein...
so große...
Kulturfo...
rtschritt...
wie die E...
roberung...
der Luft...
wird zum...
Glück für...
die Völker...
weil sie...
sich der...
Wozoch M...
ilitarism...
us sofort...
zum mac...
ht, um für...
sein Zer...
störungsw...
erk noch...
besser ge...
rüstet zu...
sein als...
bisher.

Bei den 9...
Millionen...
wird es nat...
ürlich nicht...
bleiben. Das...
deutsche V...
olk wird v...
oraussicht...
lich eben...
so wie die...
bürgerlich...
en Nation...
en noch s...
o manche...
Million f...
ür die Lu...
ftkriegsbe...
schaffung...
ausgeben...
müssen. S...
o geht es...
eben un...
ter der H...
errschaft...
unserer G...
esellschaft...
sordnung...
Auch ein...
so große...
Kulturfo...
rtschritt...
wie die E...
roberung...
der Luft...
wird zum...
Glück für...
die Völker...
weil sie...
sich der...
Wozoch M...
ilitarism...
us sofort...
zum mac...
ht, um für...
sein Zer...
störungsw...
erk noch...
besser ge...
rüstet zu...
sein als...
bisher.

Bei den 9...
Millionen...
wird es nat...
ürlich nicht...
bleiben. Das...
deutsche V...
olk wird v...
oraussicht...
lich eben...
so wie die...
bürgerlich...
en Nation...
en noch s...
o manche...
Million f...
ür die Lu...
ftkriegsbe...
schaffung...
ausgeben...
müssen. S...
o geht es...
eben un...
ter der H...
errschaft...
unserer G...
esellschaft...
sordnung...
Auch ein...
so große...
Kulturfo...
rtschritt...
wie die E...
roberung...
der Luft...
wird zum...
Glück für...
die Völker...
weil sie...
sich der...
Wozoch M...
ilitarism...
us sofort...
zum mac...
ht, um für...
sein Zer...
störungsw...
erk noch...
besser ge...
rüstet zu...
sein als...
bisher.

Bei den 9...
Millionen...
wird es nat...
ürlich nicht...
bleiben. Das...
deutsche V...
olk wird v...
oraussicht...
lich eben...
so wie die...
bürgerlich...
en Nation...
en noch s...
o manche...
Million f...
ür die Lu...
ftkriegsbe...
schaffung...
ausgeben...
müssen. S...
o geht es...
eben un...
ter der H...
errschaft...
unserer G...
esellschaft...
sordnung...
Auch ein...
so große...
Kulturfo...
rtschritt...
wie die E...
roberung...
der Luft...
wird zum...
Glück für...
die Völker...
weil sie...
sich der...
Wozoch M...
ilitarism...
us sofort...
zum mac...
ht, um für...
sein Zer...
störungsw...
erk noch...
besser ge...
rüstet zu...
sein als...
bisher.

Bei den 9...
Millionen...
wird es nat...
ürlich nicht...
bleiben. Das...
deutsche V...
olk wird v...
oraussicht...
lich eben...
so wie die...
bürgerlich...
en Nation...
en noch s...
o manche...
Million f...
ür die Lu...
ftkriegsbe...
schaffung...
ausgeben...
müssen. S...
o geht es...
eben un...
ter der H...
errschaft...
unserer G...
esellschaft...
sordnung...
Auch ein...
so große...
Kulturfo...
rtschritt...
wie die E...
roberung...
der Luft...
wird zum...
Glück für...
die Völker...
weil sie...
sich der...
Wozoch M...
ilitarism...
us sofort...
zum mac...
ht, um für...
sein Zer...
störungsw...
erk noch...
besser ge...
rüstet zu...
sein als...
bisher.

Bei den 9...
Millionen...
wird es nat...
ürlich nicht...
bleiben. Das...
deutsche V...
olk wird v...
oraussicht...
lich eben...
so wie die...
bürgerlich...
en Nation...
en noch s...
o manche...
Million f...
ür die Lu...
ftkriegsbe...
schaffung...
ausgeben...
müssen. S...
o geht es...
eben un...
ter der H...
errschaft...
unserer G...
esellschaft...
sordnung...
Auch ein...
so große...
Kulturfo...
rtschritt...
wie die E...
roberung...
der Luft...
wird zum...
Glück für...
die Völker...
weil sie...
sich der...
Wozoch M...
ilitarism...
us sofort...
zum mac...
ht, um für...
sein Zer...
störungsw...
erk noch...
besser ge...
rüstet zu...
sein als...
bisher.

Bei den 9...
Millionen...
wird es nat...
ürlich nicht...
bleiben. Das...
deutsche V...
olk wird v...
oraussicht...
lich eben...
so wie die...
bürgerlich...
en Nation...
en noch s...
o manche...
Million f...
ür die Lu...
ftkriegsbe...
schaffung...
ausgeben...
müssen. S...
o geht es...
eben un...
ter der H...
errschaft...
unserer G...
esellschaft...
sordnung...
Auch ein...
so große...
Kulturfo...
rtschritt...
wie die E...
roberung...
der Luft...
wird zum...
Glück für...
die Völker...
weil sie...
sich der...
Wozoch M...
ilitarism...
us sofort...
zum mac...
ht, um für...
sein Zer...
störungsw...
erk noch...
besser ge...
rüstet zu...
sein als...
bisher.